

# Wie afrikanische Regierungen auf den Aid-Schock 2025 reagierten

Ausgabe 3, 15. April 2026 // Autor: Dr. Biniyam Bedasso (Center for Global Development, London), Redaktion: Dr. Julia Kubny, Heide Kühlken

Im Jahr 2025 trafen der US-amerikanische Aid-Schock und weitere Geberkürzungen Afrika hart. Eine Analyse von 442 Regierungsereignissen (2024–2025), ausgewertet aus Online-Nachrichten und offiziellen Quellen, zeigt, wie afrikanische Regierungen 2025 im Vergleich zum Referenzjahr 2024 reagierten und wo zentrale Risiken liegen. Regierungsreaktionen werden dabei breit verstanden: Sie umfassen sowohl direkte Maßnahmen – gezielt auf gekürzte Projekte der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) gerichtet – als auch indirekte Schritte wie die Erweiterung externer Finanzierungsquellen und strategischer Partnerschaften. Drei Muster stechen hervor:

## 1. Reaktionen fallen am schwächsten aus, wo Betroffenheit am größten ist

Auffällig ist, dass die Intensität der Regierungsreaktionen gerade in jenen Ländern am geringsten ausfällt, die am stärksten von EZ abhängig sind. Dieses Paradox lässt sich vor allem durch begrenzte finanzielle Spielräume und schwächere staatliche Kapazitäten erklären. Staaten mit einer stärkeren Einnahmehasis und robusteren Institutionen waren deutlich eher in der Lage, konkrete (Gegen-)Maßnahmen zu ergreifen. Dabei handelte es sich häufig nicht nur um direkte Interventionen, sondern auch um viele indirekte Reaktionen, etwa durch eine verstärkte Zusammenarbeit mit internationalen Finanzinstitutionen (IFIs) sowie makrofinanzielle Interventionen (z. B. eine bessere Mobilisierung inländischer Ressourcen oder Reformen der öffentlichen Finanzverwaltung). Demgegenüber blieben die Reaktionen in stark abhängigen Kontexten häufig auf diplomatische oder rhetorische Signale beschränkt, ohne dass zusätzliche finanzielle Ressourcen mobilisiert wurden. Daraus ergibt sich eine zentrale Implikation:

Geber sollten ihre Unterstützungsangebote stärker auf besonders abhängige und kapazitätsschwache Staaten ausrichten. Für Überbrückungsfinanzierungen sollten praktische Unterstützung beim öffentlichen Finanzmanagement, der Mobilisierung inländischer Einnahmen sowie bei Beschaffung und Vergaben mitgedacht werden.

## 2. Gesundheit dominiert direkte Reaktionen; Bildung und humanitäre Hilfe erhalten weniger Aufmerksamkeit

Die direkten Regierungsreaktionen konzentrierten sich in erster Linie auf den Gesundheitssektor, in dem das Risiko von Versorgungsunterbrechungen, z. B. bei HIV oder Tuberkulose, am akutesten war. Bildung sowie Berufsbildung finden dagegen sowohl in der öffentlichen Diskussion als auch in konkreten Maßnahmen kaum Beachtung. Dies erhöht das Risiko eines schleichenden Abbaus von Humankapital. Auch auf akute humanitäre Bedarfe reagieren Regierungen vergleichsweise selten – selbst in Kontexten, in denen die Notlage besonders gravierend ist. Vor diesem Hintergrund erscheint es zentral, langfristige Investitionen – insbesondere in Grundbildung, berufliche Bildung und Kompetenzförderung – gezielt zu schützen, indem sie zweckgebunden erfolgen („Ringfencing“). Zudem sollten Nachhaltigkeitpläne zu festen Programmbestandteilen gemacht werden.

## 3. Kaum vorausschauende Planung bei schrittweisen, graduellen EZ-Kürzungen

Ein weiteres zentrales Muster zeigt sich im zeitlichen Verlauf der Reaktionen: Zu Beginn des Jahres 2025 kam es im Zuge der abrupten Aussetzung von US-Mitteln zu einer Häufung direkter Gegenmaßnahmen. Dies deutet darauf hin, dass Regierungen durchaus schnell reagieren

können, wenn essentielle Dienste bedroht sind. Demgegenüber bleiben Regierungsreaktionen auf Kürzungen europäischer Geber, die schrittweise umgesetzt werden, bislang zurückhaltend. Gerade diese graduellen Anpassungen bergen jedoch erhebliche Risiken, da ohne frühzeitige Warnungen und konkrete Übergangspläne ein schleichender Substanzverlust droht. Besonders betroffen sind hochwertige, mehrjährige Programme – etwa im Bildungs-/Berufsbildungs-Sektor. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer deutlich vorausschauenderen Planung. Regierungen und Geber sollten gemeinsam frühzeitig planen, Budget-Veränderungen ankündigen und Zeitrahmen, Zuständigkeiten und Finanzierungsoptionen vor Kürzungen abstimmen.

## Fazit

Der Aid-Schock 2025 verdeutlicht, dass bei langfristiger Entwicklungsfinanzierung über staatliche Systeme nicht nur das Finanzierungsvolumen, sondern ebenso Planungssicherheit und Vorhersehbarkeit wichtig sind. Frühzeitige Kommunikation über Mittelveränderungen sowie begleitende Systemstärkung sind notwendig, damit Regierungen vorausschauend statt im Krisenmodus reagieren können.

Zugleich zeigt sich, dass Sektoren mit langfristigem Nutzen – vor allem Bildung und Berufsausbildung – in Phasen akuter Krisenbewältigung leicht ins Hintertreffen geraten. Dabei sind gerade Investitionen in Qualifizierung und Beschäftigung zentral, um die Folgen von Kürzungen abzufedern und die Resilienz gegenüber zukünftigen Schocks zu stärken. Schließlich ist eine enge Abstimmung auch unter den Gebern entscheidend, um Übergangsphasen kohärent zu gestalten und negative Effekte von Kürzungen für die Partner zu begrenzen. ■